

Antrag Nr. 21-O-02-0004

DIE LINKE

Betreff:

Weiterführung der AWO-Kindertagesstätten und Beratungsstellen durch die Stadt (Linke)

Antragstext:

Antrag der Fraktion DIE LINKE:

Der Ortsbeirat fordert angesichts des laufenden Insolvenzverfahrens des AWO-Kreisverbands Wiesbaden, dass die Stadt ihren kommunalen Versorgungsauftrag erfüllt und die bestehenden Wiesbadener AWO-Kindertagesstätten mitsamt ihren Beschäftigten vollständig als städtische Kindertagesstätten weiterführt.

Darüber hinaus bittet der Ortsbeirat den Magistrat, bisher von der AWO-Wiesbaden betriebene Beratungsstellen für hilfebedürftige Menschen im Westend samt Beschäftigten zu übernehmen.

Begründung:

Der AWO-Kreisverband Wiesbaden steht durch das Missmanagement der früheren Geschäftsführungen mit dem Rücken zur Wand. Überhöhte Gehälter, luxuriöse Dienstwagen und Begünstigung ausgewählter Mitarbeiter*innen haben dazu geführt, dass nicht nur die berufliche Zukunft der AWO-Angestellten auf der Kippe steht, sondern auch 681 dringend benötigte Betreuungsplätze in Krippe, Kita und Hort in Gefahr sind. Gerade das Westend hat hier jedoch einen immensen Nachholbedarf. Die Versorgungssituation im Elementarbereich zählt zu den Schlechtesten in ganz Wiesbaden. Im Krippenbereich mit einem Versorgungsgrad von 7,2 Prozent und im Elementarbereich (40,8 Prozent) fehlen jeweils mehrere hundert Betreuungsplätze. Viele Kinder aus dem Westend besuchen die Kindertagesstätte Philipp Holl in der Gabelsbergerstraße und sind direkt von der zur Zeit herrschenden Unsicherheit betroffen. Gerade angesichts der besonderen Problemlagen im Westend muss die Stadt eine ausreichende und qualitativ hochwertige Kinderbetreuung sicherstellen. Deswegen lehnen wir eine Privatisierung von Kindertagesstätten oder den Einstieg privater, profitorientierter Investoren in diesem Bereich ab. Denn hoher fachlicher Standard braucht eine angemessene tarifliche Entlohnung. Deswegen fordern wir, dass die Stadt die neun AWO-Kitas übernimmt und dadurch die bereits monatelang herrschende Unsicherheit bei Eltern und Beschäftigten beendet.

Wiesbaden, 16.02.2021